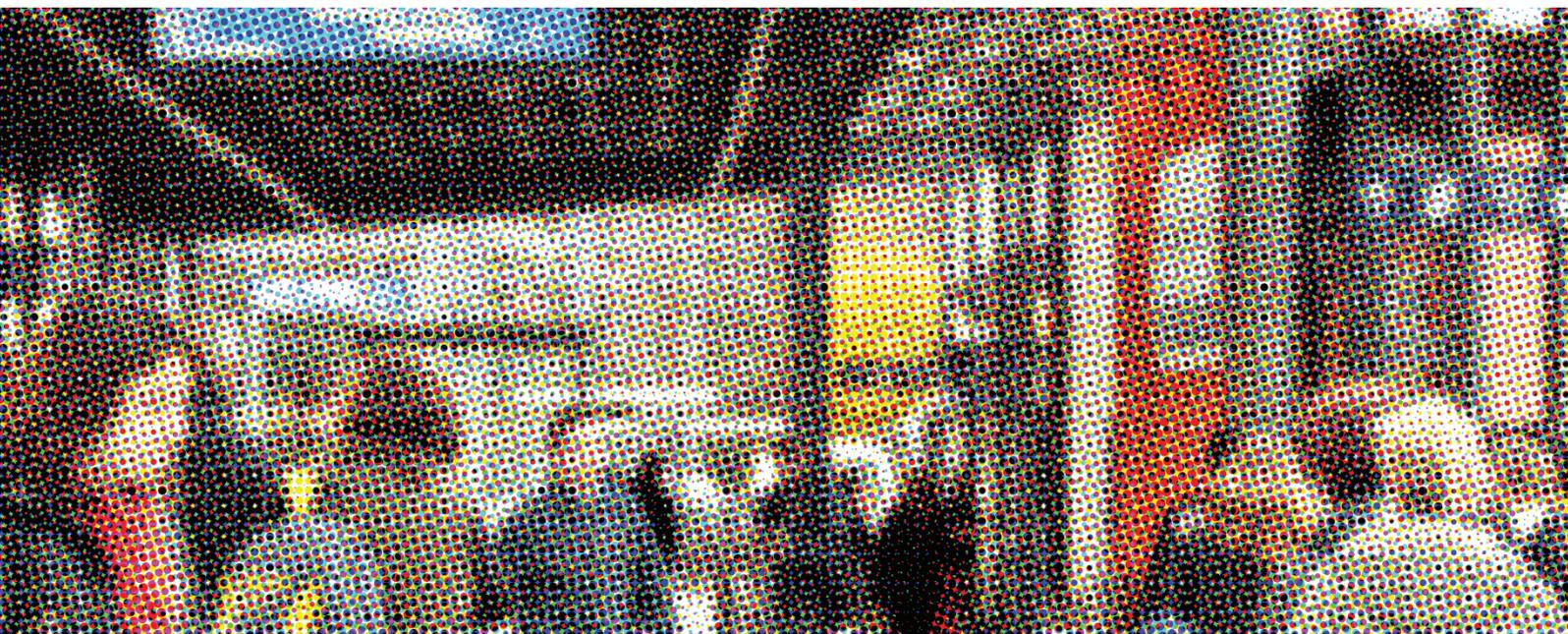


Folgen des demografischen Wandels:
Chancen-Risiko-Analyse und Massnahmenplan

für den Kanton Basel-Landschaft

Synthese und Empfehlungen

Erarbeitet in Zusammenarbeit mit der interdirektionalen Arbeitsgruppe zur demografischen Entwicklung



IMPRESSUM

Autoren/Autorinnen

Oliver Bieri, Dr. lic. phil. I (Projektleitung)

Daniel Matti, lic. phil. nat., NDS Evaluation

Andrea Niederhauser, lic ès lettres und MPH

Nora Wight, lic. phil. I und CAS Gesundheitsökonomie

Interdirektionale Arbeitsgruppe demografische Entwicklung

INTERFACE

Politikstudien Forschung Beratung

Seidenhofstr. 12

CH-6003 Luzern

Tel +41 (0)41 226 04 26

interface@interface-politikstudien.ch

www.interface-politikstudien.ch

INHALTSVERZEICHNIS

I	SYNTHESE	4
1.1	Politikbereich Gesundheit	5
1.2	Politikbereich Wohnen im Alter und Familie	7
1.3	Politikbereich Arbeit	9
1.4	Politikbereich Bildung	11
1.5	Politikbereich Finanzen	12
1.6	Politikbereich Verkehr	14
1.7	Politikbereich Raumplanung	16
1.8	Politikbereich Sicherheit	18
2	EMPFEHLUNGEN	21

Ausgehend von einer kurzen Beschreibung der verschiedenen Komponenten des demografischen Wandels, wird anschliessend auf die Chancen und Risiken des demografischen Wandels eingegangen. Zudem werden kurz die wichtigsten Massnahmen erläutert, welche von der interdirektionalen Arbeitsgruppe Demografie mit der Unterstützung von Interface Politikstudien Forschung erarbeitet worden sind.

Der demografische Wandel beschreibt die Veränderung in der Zahl und der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in einem bestimmten räumlichen Kontext. Gemäss den Analysen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Landschaft wird sich der demografische Wandel im Kanton Basel-Landschaft durch eine Veränderung der Zahl (*mehr*), der Altersstruktur (*älter*) sowie der Zusammensetzung der Bevölkerung (*bunter*) auszeichnen. Zudem ist davon auszugehen, dass sich die demografischen Veränderungen nicht in allen Regionen des Kantons gleich entwickeln. Die demografischen Veränderungen im Kanton Basel-Landschaft lassen sich daher vereinfacht mit den Schlagworten *mehr*, *älter*, *bunter* und *anders verteilt* zusammenfassen:

- *Mehr*: Die Bevölkerungszahl wird im Kanton Basel-Landschaft gemäss Prognosen bis 2035 um 9 Prozent gegenüber 2010 zunehmen. Diese Entwicklung verursacht für die meisten Politikbereiche keine namhaften Probleme, liegt der prognostizierte Zuwachs doch eher unter dem gewohnten Bevölkerungswachstum der letzten Jahrzehnte. In den Politikbereichen Verkehr und Raumplanung dürfte die demografische Entwicklung dennoch zu Herausforderungen führen, da die verfügbaren Infrastrukturen nicht beliebig ausgebaut und die vorhandenen Baulandreserven beschränkt sind.
- *Älter*: Die Altersstruktur der Bevölkerung im Kanton Basel-Landschaft befindet sich im Prozess einer starken Veränderung. Auf Grund verschiedener Faktoren wie Geburtenzahlen, Alterung geburtenstarker Jahrgänge, Zuwanderung oder steigender Lebenserwartung wird sich der Anteil der Personen über 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung in den kommenden Jahren weiter erhöhen. Dies gilt insbesondere für die Gruppe der hochaltrigen Personen. Demgegenüber werden die Anteile der Personen im erwerbsfähigen Alter sowie der Kinder und Jugendlichen zurückgehen. Diese auch historisch betrachtet erstmalige Entwicklung dürfte (nicht nur) den Kanton Basel-Landschaft vor beträchtliche Herausforderungen stellen. Diese liegen vor allem im Bereich der Betreuung und Pflege von älteren Menschen beziehungsweise der Bereitstellung einer alters- oder bedarfsgerechten Versorgung im Gesundheitswesen. Während diese Herausforderungen vornehmlich mit zunehmenden Kosten für die öffentliche Hand verknüpft sind, ergeben sich insgesamt aus der demografischen Komponente der Alterung auch gewisse Chancen.
- *Bunter*: Der demografische Wandel bringt auch eine vielfältigere Gesellschaft als heute mit sich. Zu nennen sind etwa die Multinationalisierung, vielfältigere Lebensstile, abnehmende Haushaltsgrössen oder die Veränderungen der Geschlechterverhältnisse sowie die von Frauen und Männern gelebten Lebensrealitäten. Diese buntere Gesellschaft weist auch unterschiedliche Bedürfnisse und Wertvorstel-

lungen auf. Beides stellt für den Staat und das Gemeinwesen eine Herausforderung dar, eröffnet aber auch neue Chancen.

- *Anders verteilt:* Es ist davon auszugehen, dass sich die demografischen Komponenten nicht in allen Regionen des Kantons gleich entwickeln werden. Einige Regionen etwa dürften eine ausgeprägte Alterung aufweisen, und anderen Regionen wird vor allem die buntere Gesellschaft oder eine starke Bevölkerungszunahme Herausforderungen bringen. Die unterschiedliche Verteilung demografischer Einflüsse wird sich insbesondere handlungsbezogen auswirken, indem kantonale Massnahmen räumlich sehr differenziert ausgestaltet sein müssen.

Nachfolgend werden die Ergebnisse der Chancen-Risiko-Analyse inklusive der wichtigsten Massnahmen für die untersuchten Politikbereiche zusammengefasst.

1.1 POLITIKBEREICH GESUNDHEIT

Der Politikbereich Gesundheit wird durch den demografischen Wandel in zweierlei Weise beeinflusst. Einerseits werden mehr Menschen mehr Leistungen im Gesundheitswesen nachfragen. Dies führt unweigerlich zu einer Steigerung der Kosten für das Gesundheitswesen. Andererseits werden weniger erwerbstätige Menschen diese Leistungen im Gesundheitswesen erbringen können (Ageing Workforce). Für die Analyse der Chancen und Risiken im Politikbereich Gesundheit wurden die beiden Handlungsfelder *Gesundheitsversorgung* sowie *Gesundheitsförderung und Prävention* definiert.

Risiken

Die Analyse der Risiken hat gezeigt, dass die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen sehr dynamisch verläuft und nicht nur von den Komponenten des demografischen Wandels abhängig ist. So beeinflussen der Gesundheitszustand der älteren Bevölkerung, der technische und medizinische Fortschritt sowie die Strukturen und die Organisation der Gesundheitsversorgung die Entwicklung der Kosten im Gesundheitsbereich massgeblich. Mehr ältere Menschen und insbesondere hochaltrige Menschen werden in Zukunft mehr medizinische Hilfe und Pflege in Anspruch nehmen. Da das Gesundheitspersonal selber auch von der demografischen Entwicklung betroffen ist, werden Versorgungslücken entstehen, insbesondere in Randregionen. Durch den Nachfrageüberhang wird den Ansprüchen von Personen aus Randregionen und aus besonders verletzlichen gesellschaftlichen Gruppierungen (Migrationsbevölkerung, behinderte Personen, demenzerkrankte Personen) weniger gut entsprochen werden können. Weitere Risiken, die mit der zunehmenden Nachfrage nach Gesundheitsleistungen und dem Personalmangel verbunden sind, sind entweder Qualitätseinbussen bei den Leistungen oder zusätzliche Kostensteigerungen.

Chancen

Eine mögliche Chance, mit welcher dem Kostenwachstum und den Versorgungslücken begegnet werden kann, liegt bei der Nutzung der Ressourcen durch freiwilliges Engagement der Bevölkerung. Dabei kann es sich um die klassische Freiwilligenarbeit, aber auch um die Betreuung durch Angehörige oder Nachbarn beziehungsweise nahestehende Personen handeln. Ein Teil der gesunden älteren Bevölkerung wird über freie Zeitressourcen und Know-how verfügen, welches genutzt werden kann, wobei Grösse und

Potenzial dieses Bevölkerungsteils unklar sind, da oftmals zwar der Wunsch besteht, länger engagiert und aktiv zu sein, sich dies aber in beruflicher Hinsicht, in der Freizeit oder als freiwilliges Engagement äussern kann. Die Betreuungs- und Pflegeleistungen von Angehörigen gilt es daher entsprechend zu unterstützen. Da ein grosser Teil der gewonnenen Lebensjahre unter anderem dank Gesundheitsförderungs- und Präventionsmassnahmen in guter Gesundheit verbracht werden kann, besteht hier ein erhebliches Potenzial. Die Entwicklung neuer Angebote kann ebenfalls dazu beitragen, Versorgungslücken zu schliessen.

Massnahmen

Die formulierten und priorisierten Massnahmen beziehen sich erstens auf Massnahmen, welche dazu beitragen, die Versorgungskette zu optimieren. Zweitens wurde eine Massnahme priorisiert, die die Anzahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen erhöhen soll. Zwei Massnahmen richten sich an die vulnerable gesellschaftliche Gruppe der Demenzerkrankten und deren Angehörigen (*Förderung und Unterstützung der Betreuung von Demenzerkrankten zu Hause* und *Aufbau spezialisierter stationärer Einrichtungen für die Betreuung und Pflege schwerstdemenzerkrankter Personen*). Weiter wurden die Massnahme *Unterstützung, Förderung und Wertschätzung der Arbeit, die pflegende Angehörige leisten* sowie die Massnahme *Gesetz über die Behindertenhilfe* priorisiert. Pflegende Angehörige sind ein tragendes Element einer kosteneffizienten Betreuung und Pflege im Alter, ihnen gebührt deshalb hohe Aufmerksamkeit. Mit der nötigen professionellen Unterstützung können Ressourcen von pflegenden Angehörigen besser genutzt werden. Es braucht demzufolge sowohl fachliche Unterstützung für pflegende Angehörige (Spitex, Pro Senectute, Alzheimervereinigung usw.) wie auch finanzielle Anreizsysteme (Ersatz für Erwerbsausfall z.B. durch Steuerbegünstigungen). Schliesslich wurde die Massnahme einer verstärkten *Gesundheitsförderung und Prävention* speziell für ältere Erwerbstätige und Senioren/-innen priorisiert.

Bewertung

Für den Politikbereich Gesundheit wurden am meisten Massnahmen in den Massnahmenplan aufgenommen. Dies zeigt einerseits die grosse Bedeutung des demografischen Wandels für diesen Politikbereich und andererseits die Notwendigkeit, dass den Auswirkungen des demografischen Wandels auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Handlungsfeldern begegnet werden muss. So wurden Massnahmen identifiziert, um der wachsenden Kluft zwischen Nachfrage und Angebot im Gesundheitswesen zu begegnen. In diesem Bereich bestehen für den Kanton gewisse Handlungsmöglichkeiten. Der Aufbau effizienterer Versorgungsstrukturen und neuer Angebote, um das freiwillige Engagement und pflegende Angehörige zu unterstützen, sind wichtige Schritte, um drohende Versorgungslücken zu schliessen. Allerdings ist auch in diesen Bereichen der Handlungsspielraum des Kantons limitiert, da es eine enge Abstimmung und Koordination mit anderen Akteuren, wie Gemeinden, Spitex, Private usw. verlangt.

Neben dem Handlungsfeld der Gesundheitsversorgung hatte sich auch die Gesundheitsförderung und Prävention in der Diskussion als relevant erwiesen. Diesem Bereich muss Beachtung geschenkt werden, da durch entsprechende Massnahmen den Haupttrisiken in den Politikbereichen Gesundheit (steigende Pflegebedürftigkeit und dadurch steigende Pflegekosten) und Finanzen (steigende Kosten für medizinische Versorgung, Pflege und Betreuung) entgegengewirkt werden kann. Ausserdem ist Gesundheitsförde-

rung und Prävention auch für den Politikbereich Arbeit von grosser Bedeutung, wenn es um den Erhalt der Gesundheit und der Erwerbsfähigkeit geht. Zudem können die Ressourcen der älteren Menschen, sei es in beruflicher Hinsicht oder im Bereich freiwilliger Engagements nur dann genutzt werden, wenn diese Personen gesund altern.

Dass keine der priorisierten Massnahmen ausser der Prävention den stetig steigenden Kosten im Gesundheitswesen entgegenwirken kann, liegt daran, dass es verschiedene Gründe für den Kostenanstieg im Gesundheitsbereich gibt und der Kanton in diesem Bereich wenig Handlungskompetenz besitzt. Trotzdem sollte diese Entwicklung nicht ausser Acht gelassen werden. Bei den priorisierten Massnahmen haben von Demenz betroffene Personen sowie deren Betreuungspersonen einen hohen Stellenwert erhalten, da einerseits die Gruppe der demenzerkrankten Personen grösser wird und diese Personen zu einem grossen Teil von ihren Angehörigen gepflegt werden. Nicht vergessen werden dürfen aber auch andere vulnerable Gruppen, wie etwa Menschen mit einer Behinderung, für die es künftig auch mehr Unterstützungs- und Betreuungsangebote brauchen wird.

Abgesehen von der Massnahme *Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bericht zuhanden der EL-Kommission* sowie der Massnahme *Gesetz über die Behindertenhilfe*, welche sich in Umsetzung befinden, und der Einleitung erster Schritte bei der *Schaffung/beim Aufbau einer integralen Versorgungskette* sind alle priorisierten Massnahmen noch ausstehend. Aus diesem Grund wird es als wichtig erachtet, dass der Kanton im Auf- und Ausbau einer möglichst effizienten Versorgungskette eine führende Funktion einnimmt. Es müssen geeignete Angebote für Personen geschaffen werden, die zwar zuhause leben können, dies aber nicht mehr vollständig selbstständig. Sei das aus körperlichen oder geistigen Gründen. Dann muss sichergestellt sein, dass in allen Regionen des Kantons der Übergang von der stationären Spitalpflege in die ambulante Übergangspflege gewährleistet ist. Ausserdem sollte der Kanton eine Bedarfs- und Angebotsplanung umsetzen, damit knappe Mittel in bedarfs- und bedürfnisgerechte Angebote investiert werden.

1.2 POLITIKBEREICH WOHNEN IM ALTER UND FAMILIE

Der Politikbereich Wohnen im Alter und Familie wird durch die demografische Komponente *älter* beeinflusst. Durch die Alterung der Gesellschaft werden mehr Menschen ein hohes Alter erreichen und den Wunsch haben, weiterhin selbstbestimmt und autonom zu leben. Dadurch werden mehr und auf individuelle Bedürfnisse angepasste Wohnraumangebote nachgefragt werden. Der demografische Wandel hat auch starke Auswirkungen auf die Familien. Es ist ein Trend zu kleineren Haushalten und vielfältigeren Familienformen feststellbar. Für die Analyse der Chancen und Risiken in diesem Politikbereich wurde zwischen den beiden Handlungsfeldern *Wohnen im Alter* und *Familie* differenziert.

Risiken

Die Analyse der Risiken hat gezeigt, dass im Handlungsfeld Wohnen im Alter das Risiko besteht, den Bedarf an Wohnraum für die ältere Bevölkerung nicht ausreichend decken zu können. Ein Grund dafür ist, dass die Gemeinden lediglich über begrenzte

Bodenressourcen verfügen und nicht allen unterschiedlichen Anspruchsgruppen gerecht werden können. Ausserdem werden mehr ältere Menschen mehr altersgerechten Wohnraum nachfragen, es kommt also zu einer mengenmässigen Ausdehnung der Nachfrage. Ein weiterer Risikofaktor ist, dass die Ansprüche vielfältiger werden und die Bedürfnisse individueller und es für verschiedenste Bedürfnisse Angebote brauchen wird.

Es ist zudem damit zu rechnen, dass ältere Menschen auch in Zukunft flächenmässig viel Wohnraum nutzen (Remanenzeffekt) und dadurch eine Unternutzung der bestehenden Wohninfrastruktur entsteht. Dieses Risiko hat wiederum Auswirkungen auf das Handlungsfeld Familien. Diesen steht unter Umständen zu wenig Wohnraum zur Verfügung. Als drittes Risiko im Handlungsfeld Wohnen im Alter wurden die höheren Kosten von Alterswohnungen identifiziert. Diese mindern den Anreiz für ältere Personen, von einem eigenen Haus oder einer Eigentumswohnung in eine andere geeignete Wohnung umzuziehen. Es ist daher möglich, dass der früh- oder rechtzeitige Umzug in eine altersgerechte Wohnung verpasst wird.

Im Handlungsfeld Familie besteht das grösste Risiko darin, dass die erwachsene Bevölkerung Mehrfachbelastungen ausgesetzt ist. Die Betreuung der Kinder oder Enkelkinder, die eigene Erwerbstätigkeit und die Pflege und Betreuung betagter Angehöriger fallen oft in den selben Lebensabschnitt. Hier besteht das Risiko, dass Personen dadurch überbeansprucht werden. Insbesondere, wenn zu wenig Angebote an familienexternen Betreuungs- und Pflegeangeboten (für Kinder und für pflegebedürftige Angehörige) bestehen. Als Folge davon kann sich das Erwerbsvolumen (vor allem von Frauen) negativ entwickeln.

Chancen

Im Handlungsfeld Wohnen im Alter wurden mehrere Chancen identifiziert. Das gestiegene Bewusstsein, dass es vielfältige Wohnformen für verschiedene Anspruchsgruppen geben soll, wird einen Beitrag zur sozialen Integration der älteren Bevölkerung leisten und die Lebensqualität der Menschen erhöhen, die von diesen Angeboten Gebrauch machen können. Das Bedürfnis der älteren Menschen nach kurzen Distanzen, persönlichen Kontakten, kulturellen Angeboten und nach Sicherheit führt dazu, dass vermehrt Wohneinheiten in den Zentren nachgefragt werden. Dies kann dazu beitragen, den Remanenzeffekt (Effekt, dass ältere Menschen mehr Wohnraum beanspruchen, als sie benötigen) zu reduzieren und kann auch der Zersiedelung entgegenwirken. Letzteres hat wiederum positive Auswirkungen auf den Politikbereich der Raumplanung. Eine weitere Chance besteht darin, dass es Gemeinden geben wird, die den Bedürfnissen der älteren Bevölkerung besonders gut Rechnung tragen. Diese altersgerechten Gemeinden werden eine „Sogwirkung“ entfalten. Für Gemeinden mit einem grossen Anteil älterer Menschen sind jedoch negative Auswirkungen auf den Finanzhaushalt nicht auszuschliessen. Eine weitere Chance besteht darin, dass durch die Schaffung neuer integrierter Wohn- und Betreuungsformen stationäre Einrichtungen zukünftig entlastet werden können. Dies kann gelingen, wenn geeigneter (sprich altersgerechter) Wohnraum und ein flächendeckendes Angebot an ambulanten Pflege- und Betreuungsdienstleistungen ineinander greifen.

Massnahmen

Die priorisierten Massnahmen zielen darauf ab, bereits angestossene Prozesse im Bereich Wohnen im Alter konsequent weiterzuführen. Dies hat der Kanton bereits in die Wege geleitet. Eine Verordnung über die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ist bereits in Kraft. Die Arbeitsgruppe Wohnen im Alter hat zahlreiche Massnahmen entwickelt, die weiter umgesetzt werden sollen (Förderung gemeinnütziger und altersgerechter Wohnungsbau, Angebotsdatenbank Wohnen im Alter BL, Förderung ambulant betreuter Wohnformen, kantonale Auskunft- und Beratungsstelle Wohnen im Alter). Auch im Handlungsfeld Familien ist der Kanton bereits seit Längerem aktiv. Es geht daher vor allem darum bereits angestossene Massnahmen weiterzuführen. Zusätzlich sollen *Angebote der familienergänzenden Betreuung insbesondere im Frühbereich und in der Primarschule* weiter gefördert und ausgebaut werden. Ausserdem sollen die im Konzept Kinder- und Jugendhilfe formulierten Handlungsempfehlungen weiter umgesetzt werden. Als letzte Massnahme wurde der *flächendeckende Aufbau einer integralen Fach-/Anlaufstelle für alle Lebenslagen* priorisiert. Solche Stellen sollen in allen Gemeinden aufgebaut werden, um die Bevölkerung bei zentralen Fragen zu beraten und zu unterstützen.

Bewertung

Im Handlungsfeld Wohnen im Alter hat der Kanton 2012 einen „kantonalen runden Tisch für Altersfragen“ einberufen. 2013 wurde das Altersleitbild publiziert. Ausserdem wurde der Schlussbericht „Massnahmenplanung Wohnen im Alter“ fertiggestellt. Im Handlungsfeld Familie ist der Kanton Basel-Landschaft ebenfalls bereits aktiv geworden und hat dazu diverse Ziele im aktuellen Regierungsprogramm gesetzt.

Die in den Analysen identifizierten Massnahmen sind geeignet, um dem Risiko des fehlenden Angebots an Wohnraum für ältere Menschen entgegenzuwirken. Um den Risiken zu begegnen, dass ältere Menschen einerseits zu viel Wohnraum nutzen und dass Alterswohnungen deutlich teurer sind und dadurch der Anreiz fehlt, in eine Alterswohnung umzuziehen, wurden jedoch keine konkreten Massnahmen vorgeschlagen. Hier hat der Kanton praktisch keine Handlungsoptionen.

Die im Handlungsfeld Familie identifizierten Massnahmen wirken dem grössten Teil der identifizierten Risiken entgegen. Drei der priorisierten Massnahmen beabsichtigen, die Chance zu nutzen, Familien durch ambulante Angebote der Pflege und Betreuung für ältere Generationen und durch familienexterne Betreuungsangebote für Kinder zu entlasten.

1.3 POLITIKBEREICH ARBEIT

Der demografische Wandel hat weitreichende Folgen für den Politikbereich Arbeit, da auf Grund des demografischen Wandels einerseits mit einer sinkenden Anzahl Personen im erwerbsfähigen Alter und andererseits mit einer zunehmend älteren und diverseren Erwerbsbevölkerung zu rechnen ist. Bestimmend für diesen Politikbereich ist die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt im Allgemeinen wie auch für den Kanton als grössten Arbeitgeber im Kanton Basel-Landschaft. Für die Chan-

cen-Risiko-Analyse wurden daher die beiden Handlungsfelder *Arbeitsmarkt* und der *Kanton als Arbeitgeber* identifiziert.

Risiken

Für den Arbeitsmarkt besteht das grösste Risiko darin, dass auf Grund des demografisch bedingten Rückgangs der Erwerbsbevölkerung ein Arbeitskräftemangel entsteht. Dieses Risiko kann sich verstärken, wenn sich ältere Personen und/oder Frauen frühzeitig aus dem Erwerbsleben zurückziehen. Ein weiteres Risiko für den Arbeitsmarkt besteht darin, dass bei einer diverseren Erwerbsbevölkerung die erhöhte Arbeitslosigkeit von niedrig qualifizierten Personen oder Personen ohne nachobligatorische Ausbildung zu einer Belastung der Sozialwerke führen kann. Auch für den Kanton als Arbeitgeber besteht das Risiko des demografischen Wandels hauptsächlich darin, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht gedeckt werden kann. Zudem kann sich dieser Mangel verstärken, wenn sich die Personalfuktuation mangels Karrieremöglichkeiten, Führungsdefiziten oder unattraktiven Anstellungsbedingungen erhöht. Schliesslich besteht für den Kanton das Risiko, dass durch die sinkende Anzahl der Erwerbstätigen ohne eine adäquate Nachfolgeplanung internes Wissen verloren geht und höhere Kosten durch den Erhalt und die Rekrutierung der umworbenen Arbeitskräfte anfallen werden.

Chancen

Eine wichtige Chance des demografischen Wandels für den Arbeitsmarkt wie auch für den Kanton als Arbeitgeber besteht in der Verbesserung der Anstellungsbedingungen und Entwicklungschancen für Mitarbeitende, da sich der Arbeitsmarkt auf Grund der Verknappung des Arbeitskräfteangebots zunehmend nach den Bedürfnissen der Arbeitnehmenden richten wird. Zudem kann der Arbeitskräftemangel abgeschwächt werden, wenn es gelingt, die Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Personen zu erhöhen.

Massnahmen

Die priorisierten Massnahmen zielen im Wesentlichen darauf hin, dem Risiko des Arbeitskräftemangels entgegenzutreten zu können. Einerseits sollen Unternehmen durch adäquate Projekte *für demografische Veränderungen sensibilisiert werden*, andererseits soll das Erwerbspotenzial verschiedener Personengruppen stärker ausgeschöpft werden. Dies kann beispielsweise durch die *Weiterentwicklung familienergänzender Betreuungsstrukturen* geschehen oder durch die *Förderung neuer Arbeitszeitmodelle*, den *Ausbau der beruflichen Aus- und Weiterbildungsangebote* und die *Weiterführung berufsspezifischer Sprachförderung*. Mit den Massnahmen soll das Arbeitskräfteangebot erhöht werden und der frühzeitige Rückzug von Frauen und älteren Personen aus dem Erwerbsleben verhindert werden. Weiter soll der Kanton mit gutem Beispiel vorangehen und sich mittels einer *Personalmarketingstrategie*, der Schaffung attraktiver Anstellungsbedingungen, der Förderung der Entwicklungschancen der Mitarbeitenden und einer rechtzeitigen Nachfolgeplanung frühzeitig auf die Chancen und Risiken des demografischen Wandels vorbereiten.

Bewertung

Um den demografischen Herausforderungen im Arbeitsmarkt entgegenzutreten, sind vor allem die Unternehmen gefordert, den Bedürfnissen der stärker umkämpften Fachkräfte entgegenzukommen und die Anstellungsbedingungen an die gesellschaftlichen

Veränderungen anzupassen. Der Kanton kann aber die Unternehmen dabei aktiv unterstützen und sensibilisieren, damit die entsprechenden Prozesse frühzeitig in Gang gesetzt werden. Es empfiehlt sich zudem, dass der Kanton die bereits eingeleiteten Massnahmen zur Erhöhung der Attraktivität als Arbeitgeber für Frauen und Männer weiterführt und damit als gutes Beispiel vorangeht.

Wichtig erscheint bei der Umsetzung der Massnahmen im Politikbereich Arbeit, dass Synergien zwischen verschiedenen Fach- und Themenbereichen ausgeschöpft werden. So besteht beispielsweise ein enger Zusammenhang zwischen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Erhöhung des Erwerbspotenzials von Frauen. Die Erfahrungen des bereits laufenden Projekts „Familienfreundliche KMU im Baselbiet“ sollten in die Erarbeitung der geplanten Demografie-Beratung für Unternehmen einfließen. Angebote im Bildungsbereich (bspw. die Begleitung junger Frauen und Männer bei der Berufswahl) und in der Integrationsförderung (bspw. die Anerkennung ausländischer Diplome) haben ebenfalls grosse Relevanz für den Arbeitsmarkt und die Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften.

1.4 POLITIKBEREICH BILDUNG

Mit dem demografischen Wandel wird sich im Politikbereich Bildung insbesondere die Anzahl und die Struktur der Bildungsteilnehmenden verändern. Die rückläufige Tendenz bei der Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Volksschule, die Entstehung von Konzepten zur frühen Förderung und frühen Sprachförderung sowie die erhöhte Nachfrage nach Weiterbildungsangeboten durch verschiedene Personengruppen werden Auswirkungen auf die Bildungsplanung haben. Für die Chancen-Risiko-Analyse wurden daher die beiden Handlungsfelder *Ausbildung* und *Weiterbildung* identifiziert.

Risiken

Ein Risiko für den Bildungsbereich ist, dass auf Grund der sinkenden Schülerzahlen gewisse Schulstandorte unter Druck geraten. Gleichzeitig werden die Schulklassen durch die Zuwanderung von Familien mit Migrationshintergrund zunehmend heterogener zusammengesetzt sein und Schulen können dadurch vermehrt unter Druck geraten. Diese beiden Entwicklungen haben Auswirkungen auf die Unterrichtsplanung (Klassengrössen, Pensen der Lehrpersonen usw.) wie auch auf die Bereitstellung unterrichtsergänzender Angebote (schulergänzende Betreuung, Sprachförderung usw.). Schliesslich ist davon auszugehen, dass durch die erhöhte Anzahl älterer Erwerbspersonen und aktiver Senioren/-innen die Nachfrage nach beruflichen und nachberuflichen Aus- und Weiterbildungsangeboten erhöhen wird, was zu höheren Kosten im Bildungsbereich führen kann. Der Bildungsbereich steht zudem in enger Wechselwirkung mit dem Arbeitsmarkt. Falls beispielsweise die praktische Berufsbildung weniger häufig nachgefragt wird, kann dies den Mangel an Nachwuchs in Berufen mit einem hohen praktischen Anteil verstärken. Zudem kann ein ungenügendes Angebot an familienergänzender Betreuung im vorschulischen und schulischen Bereich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefährden.

Chancen

Die sinkenden Schülerzahlen können sich einerseits als Risiko, aber auch als Chance für den Bildungsbereich auswirken, nämlich dadurch, dass durch kleinere Klassenbestände Ressourcen frei werden, die wiederum anderweitig eingesetzt werden können. Auch die erhöhte Nachfrage nach beruflichen und nachberuflichen Aus- und Weiterbildungsangeboten ist nicht nur ein (Kosten-)Risiko, sondern auch eine Chance für die Expansion des Bildungsbereichs und damit verbunden die Möglichkeit, den neuen Anforderungen des Arbeitsmarkts gerecht zu werden. Über die frühe Förderung sowie Angebote im Sinne des lebenslangen Lernens kann der Bildungsbereich zudem einen wichtigen Beitrag zur Integration verschiedener Personengruppen in der Gesellschaft leisten.

Massnahmen

Für den Bildungsbereich wurden insbesondere Massnahmen wie *die frühe Förderung, die frühe Sprachförderung und die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe* priorisiert, die auf die buntere Gesellschaft Bezug nehmen und Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichsten Bildungsbedürfnissen unterstützen können. Andererseits wurden Massnahmen priorisiert, die dem Arbeitskräftemangel im Politikbereich Arbeit entgegenwirken können, sei dies mittels der Unterstützung des Berufseinstiegs junger Menschen oder mit einem verstärkten *Angebot an Weiterbildungen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit älterer Menschen*.

Bewertung

Der Politikbereich Bildung ist durch die Veränderung bei der Zahl und der Zusammensetzung der Bildungsteilnehmenden vom demografischen Wandel betroffen. Im Bereich der formalen Schulbildung ist dabei mit relativ leichten Veränderungen der Anzahl Schülerinnen und Schüler zu rechnen. Mit den jährlichen Lernendenprognosen besteht ein gutes Instrument, um die Entwicklungen zu überwachen und allenfalls frühzeitig Anpassungen vornehmen zu können. Im Bildungsbereich kommen deshalb vielmehr Massnahmen zum Zuge, die auf die Struktur der Bildungsteilnehmenden Bezug nehmen. Aus dem Politikbereich Bildung lassen sich einige Massnahmen ableiten, welche einen substantiellen Beitrag zur Abschwächung von Risiken beziehungsweise zur Nutzung von Chancen in anderen Handlungsfeldern und Politikbereichen leisten. Die bereits realisierten und in Erwägung gezogenen Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zur Begleitung von Jugendlichen bei der Berufswahl und zur beruflichen Weiterbildung älterer Erwerbstätiger, Migrantinnen/-innen sowie Wiedereinsteiger/-innen nach der Familienphase sollen konsequent weiterverfolgt werden.

1.5 POLITIKBEREICH FINANZEN

Der Politikbereich Finanzen wird sowohl im Bereich der Ausgaben der öffentlichen Hand als auch bei den Einnahmen vom demografischen Wandel beeinflusst. Der zunehmende Anteil der älteren Personen führt dazu, dass bei der Spitalfinanzierung, den Kosten für die Langzeitpflege und den Kosten für die soziale Sicherung (Ergänzungsleistungen) mit einem erheblichen Ausgabenwachstum zu rechnen ist. Verschärft wird diese Prognose dadurch, dass durch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur bei den Steuererträgen mit einem geringeren Wachstum zu rechnen ist. Für die Analyse der Chancen und Risiken im Politikbereich Finanzen wurden daher die vier Handlungsfel-

der *Kosten für die Gesundheit, Kosten für die Langzeitpflege, Kosten für die soziale Sicherung und Entwicklung der Steuererträge* ausgewählt.

Risiken

Die Analyse der Risiken hat gezeigt, dass die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen sehr dynamisch verläuft und nicht nur von den Komponenten des demografischen Wandels abhängig ist. So beeinflussen der Gesundheitszustand der älteren Bevölkerung, der technische und medizinische Fortschritt sowie die Strukturen und die Organisation der Gesundheitsversorgung die Entwicklung der Kosten im Gesundheitsbereich massgeblich. Fest steht jedoch, dass ältere Menschen mehr medizinischer Hilfe bedürfen und auch erheblich mehr Pflegeleistungen in Anspruch nehmen müssen als junge Menschen. Sowohl bei den Spitalkosten als auch bei der Langzeitpflege ist daher mit einem Ausgabenwachstum zu rechnen. Es besteht zudem das Risiko, dass der Kostendruck im Gesundheitswesen durch die Nachfrage nach Personal im Gesundheits- und Betreuungswesen verschärft wird. Auch in Bezug auf die Finanzierung der sozialen Sicherung durch die öffentliche Hand ist mit einem Anstieg der Kosten – vor allem bei den Ergänzungsleistungen – zu rechnen. Dies, weil die Anzahl der Personen im Rentenalter zunimmt und sich die Lebensphase im Rentenalter verlängert. Schliesslich dürfte die Zunahme der Haushalte mit Rentnerinnen und Rentnern bei gleichbleibendem oder abnehmendem Anteil der Erwerbsbevölkerung zu einem geringeren Wachstum bei den Steuererträgen führen.

Chancen

Mögliche Chancen, mit denen das Kostenwachstum im Gesundheits- und Pflegebereich eingedämmt werden kann, liegen im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung, der Stärkung des ambulanten Sektors beziehungsweise der Förderung einer integrierten Versorgung und der Förderung autonomer Wohnformen mit bedarfsorientierten Zusatzleistungen. Chancen, welche die Risiken des geringeren Wachstums bei den Steuererträgen eindämmen können, ergeben sich einerseits durch die Zuwanderung neuer Steuerzahler in den Kanton Basel-Landschaft und andererseits durch die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Personen im Rentenalter. Dies bedingt jedoch eine umfassende Strategie, welche den Steuer- und Standortwettbewerb als auch die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie berücksichtigt.

Massnahmen

Die formulierten und priorisierten Massnahmen beziehen sich mehrheitlich auf die Ausgestaltung des Steuersystems. Die *Aufrechterhaltung und Förderung der Attraktivität des Steuerstandorts* sowie die *Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen* sollen dem prognostizierten geringen Wachstum bei den Steuererträgen entgegenwirken. Insbesondere soll die Attraktivität als Steuer- und Wohnkanton in den Bereichen der höheren Einkommen und bei vermögenden Personen erhalten und gefördert werden. Schwieriger ist es in diesem Kontext die Entwicklung der Steuererträge von Unternehmen zu prognostizieren, welche eher indirekt mit den Folgen des demografischen Wandels zusammen hängen dürfte. Hier spielen die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften sowie konjunkturelle und strukturelle Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung im Kanton Basel-Landschaft eine Rolle. Als weitere Massnahme wurde die *Umsetzung der Empfehlungen aus dem Bericht zuhanden der EL-Kommission* priorisiert. Diese zielen darauf ab, die Steuerung durch den Kanton bei den Kosten der

Altersbetreuung und der Behindertenhilfe zu verstärken. Schliesslich wurde eine Massnahme priorisiert, welche die Prüfung von *steuerlichen Begünstigungen für die unentgeltliche Pflege zu Hause* vorschlägt. Dadurch soll ein Betrag zur Eindämmung der Kosten bei der Langzeitpflege geleistet werden.

Bewertung

Insgesamt zeigt sich, dass die meisten der formulierten Massnahmen im Politikbereich Finanzen im Zusammenhang mit der Ausgestaltung des Steuersystems stehen. Hier wird der grösste Handlungsspielraum für den Kanton gesehen. Die Chancen-Risiken-Analyse hat zudem aufgezeigt, dass etliche Chancen und Risiken, welche die Kostenentwicklung im Gesundheits- und Pflegebereich betreffen, direkt von den Komponenten des demografischen Wandels abhängig sind und entsprechende Massnahmen in den Politikbereichen Gesundheit sowie Wohnen im Alter und Familie zu finden sind. Deshalb werden auch Massnahmen zur *Förderung autonomer Wohnformen* sowie die *Förderung einer integrierten Versorgung* vor dem Hintergrund der zu erwartenden Kostenentwicklung als relevant erachtet.

Insgesamt gilt es zu beachten, dass der Massnahmenplan im Politikbereich Finanzen mit Massnahmen aus den Bereichen Prävention und Gesundheitsförderung sowie Strategien zum Umgang mit dem Personalmangel im Gesundheits- und Pflegebereich ergänzt wird. Diese sind für die künftige Entwicklung der Kosten durchaus relevant und liegen im Kompetenzbereich der kantonalen Verwaltung.

1.6 POLITIKBEREICH VERKEHR

Die demografische Komponente *alter* beeinflusst den Politikbereich Verkehr am stärksten. Mit zunehmendem Alter ist die Mobilität der Menschen immer mehr eingeschränkt. Ältere Menschen weisen tiefere Fahrleistungen mit dem Auto und dem Velo sowie höhere mit dem öV und teilweise höhere Tagesdistanzen zu Fuss auf als die durchschnittliche Bevölkerung. Das Nahumfeld wird wichtiger, liegen doch zahlreiche Wegziele in Fussdistanz. Durch die zukünftig *ältere* und *buntere* Gesellschaft dürfte sich ebenso die tageszeitliche Verteilung des Verkehrs verändern. Die zu erwartende moderate Bevölkerungszunahme lässt weiter eine leicht überproportionale Zunahme der Verkehrsleistungen erwarten.

Damit werden für den Politikbereich Verkehr qualitative und quantitative Veränderungen der Verkehrsnachfrage prognostiziert. Es sind dies die Zunahme des Langsamverkehrs, erhöhte Anforderungen an den öV sowie das teilweise örtliche und/oder zeitliche Erreichen der Kapazitätsgrenzen beim motorisierten Individualverkehr.

Der Kanton Basel-Landschaft gibt sich im Regierungsprogramm 2012–2015 die Sicherstellung der Mobilität für alle Bevölkerungsteile zum Ziel. Die demografiebedingten Risiken und Chancen für den Verkehr lassen sich anhand der drei Handlungsfelder *Langsamverkehr*, *motorisierter Individualverkehr* und *öffentlicher Verkehr* analysieren.

Risiken

Die Analyse der Risiken zeigt, dass die Herausforderungen des demografischen Wandels zum einen in der zunehmend geforderten höheren Qualität der Angebote und Infrastrukturen für öV und Langsamverkehr liegen, bedingt durch die sich wandelnden Bedürfnisse der stark alternden Gesellschaft. Zum anderen bergen die altersbedingten, gesundheitlichen Einschränkungen älterer Menschen Risiken bei der Verkehrssicherheit. Auch als Folge des demografischen Wandels dürften die Kapazitätsreserven im Verkehrssystem eher knapper werden. Die demografiebedingte Entwicklung im Verkehr wirkt somit verstärkend auf den allgemeinen Trend der Verkehrszunahme.

Chancen

Aus dem demografischen Wandel ergibt sich für den Verkehrsbereich die Chance, den öffentlichen Verkehr zu stärken, bevorzugt entlang der raumplanerisch erwünschten Siedlungsentwicklung. Es gilt dabei, die öV-Angebote sowie die ergänzende Langsamverkehrsinfrastruktur qualitativ hochwertig und altersgerecht bereitzustellen und sie nachhaltig zu finanzieren.

Die Chancen in den Handlungsfeldern öV und Langsamverkehr sind gekoppelt, da beide Teil eines multimodalen Verkehrssystems sind. Durch eine Nutzung der Chancen in beiden Handlungsfeldern sowie der raumplanerischen Chancen können die Risiken im Handlungsfeld MIV gedämpft werden. Es gilt, qualitativ hochwertige Angebote des öV und des Langsamverkehrs bereitzustellen und zu sichern, damit die wachsende und potenziell nachfragestarke älter werdende Bevölkerung die intermodalen Verkehrsangebote auch nutzt.

Massnahmen

Drei Massnahmen wurden im Politikbereich Verkehr priorisiert. Die Massnahme *Erarbeitung Mobilitätsstrategie 2015* fasst den aktuell laufenden Prozess zusammen, in welchem das Tiefbauamt Basel-Landschaft in der Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) die demografische Komponente *mehr* fokussiert und Antworten auf die zunehmende Mobilität im Kanton entwickelt. Als zweite Massnahme wurde die *städtebaulich gute Gestaltung von Fussgängeranlagen bei öV-Haltestellen und deren Zugangsachsen* priorisiert. Sie nimmt die zunehmend wichtige Rolle der Fusswege und der intermodalen Wege für die alternde Bevölkerung auf und gewährleistet die zukünftige Mobilität älterer Menschen und deren Sicherheit im Verkehr. Mit der dritten priorisierten Massnahme *Förderung modularer, preisgünstiger altersgerechter Fussgängerinfrastruktur* soll sichergestellt werden, dass die zu erwartenden Kosten künftiger Fussgängeranlagen tragbar sind. Die bereits mehrfach genannten hohen Anforderungen an alters- und behindertengerechte Fussverkehrsanlagen bergen das Risiko hoher Kosten, was zu Verzögerungen bei deren Bereitstellung führen könnte, mit negativen Auswirkungen auf multimodale Verkehrsangebote und auf die Möglichkeit der Mobilitätsteilnahme betagter Menschen.

Bewertung

Insgesamt zeigt sich zum einen, dass die demografiebedingte Entwicklung ohne Gegenmassnahmen zu einer weiteren Verkehrszunahme und damit zu einer Trendverstärkung führen dürfte. Zum anderen ergibt sich vor allem durch die Alterung die Chance für eine Stärkung der intermodalen Mobilität (öV und Fusswege). Aus Sicht dieser

Analyse ergibt sich ein unmittelbarer Handlungsbedarf, damit der Kanton Basellandschaft auch in Zukunft hochwertige Verkehrsangebote bereitstellen kann. Der Kanton besitzt als Ersteller von Verkehrsinfrastrukturanlagen direkte Handlungsmöglichkeiten und klare Zuständigkeiten. Zwei der vorgeschlagenen, priorisierten Massnahmen sind bereits in Planung oder Umsetzung, sodass der Kanton konzeptionell bereits einige Entscheide getroffen hat, welche die Herausforderungen des demografischen Wandels angehen möchten.

Im Zentrum der drei oben genannten Massnahmen steht die Chance für das Verkehrssystem, dass Fusswege und der öV bei älteren Menschen eine höhere Bedeutung erlangen können. Dabei sollen gleichzeitig die beiden Risiken eingedämmt werden, dass beim MIV und teilweise beim öV die Kapazitätsgrenzen immer öfter erreicht werden, und dass die Anforderungen an altersgerechte Verkehrsanlagen und Fahrzeuge des öV kaum mehr finanzierbar sein dürften. Die priorisierten Massnahmen nehmen somit den zentralen Handlungsbedarf im Politikbereich Verkehr auf. Vieles wird von der konkreten Ausarbeitung der Mobilitätsstrategie 2015 sowie von den Massnahmen in den Politikbereichen Raumplanung (als Treiber des Verkehrs) und Sicherheit (Verkehrssicherheit) abhängen. Es ergibt sich damit eine starke Abhängigkeit zu anderen Politikbereichen, welche jedoch bekannt und typisch für das Verkehrssystem ist.

Zusätzlich kann der Massnahmenplan im Politikbereich Verkehr allenfalls mit unterstützenden Massnahmen zur besseren tageszeitlichen Verteilung des Verkehrs ergänzt werden, da die angebotsbestimmenden Kapazitätsengpässe meist nur zu wenigen Spitzenstunden auftreten. Hier wäre ein Bezug zu den Politikbereichen Bildung und Arbeit herzustellen (Förderung flexibler Arbeitszeiten usw.).

1.7 POLITIKBEREICH RAUMPLANUNG

Der demografische Wandel wird den Politikbereich Raumplanung massgeblich beeinflussen und prägen. Die starke Alterung führt zu einer veränderten Nachfrage nach altersgerechten Wohnangeboten, die Bevölkerungszunahme erzeugt Druck auf die Siedlungsentwicklung und die heterogenere Gesellschaft wird durch kleinere Haushalte geprägt sein. Dazu dürften die demografischen Entwicklungen, etwa Alterung oder Wanderungssaldo, regional stark unterschiedlich verteilt sein. In der nachberuflichen Lebensphase nimmt die Bedeutung des Wohnens im Alter und der Wohnumgebung noch zu. Ältere Menschen sind auf eine ausreichende Grundversorgung angewiesen. Sie weisen spezifische, sehr vielfältige Wohnraumbedürfnisse auf (Raumbedarf, altersgerechtes Wohnraumangebot, ergänzende Dienstleistungen) und verbleiben oft in ihren Wohnungen, auch wenn sich ihr Wohnraumbedarf durch Veränderung der Familienstruktur vermindert (Remanenzeffekt). Dichte, zentral gelegene und gut erschlossene Wohnstandorte sind attraktiv für ältere Menschen, die im Nahumfeld ihre Bedürfnisse decken möchten und attraktive Freizeit-, Kultur- und Dienstleistungsangebote suchen.

Für die Analyse der Chancen und Risiken des demografischen Wandels im Politikbereich Raumplanung wurden daher die beiden Handlungsfelder *Wohnraumangebote* und *Siedlungsentwicklung* definiert.

Risiken

Beide Handlungsfelder sind inhaltlich eng verbunden. Die grösste demografiebedingte Herausforderung im Politikbereich Raumplanung dürfte es sein, ausreichend altersgerechte Wohnraumangebote an raumplanerisch geeigneten Lagen bereitzustellen. Damit verbunden wurden weitere Risiken wie eine mögliche soziale Segregation durch Abschottung und durch zunehmende Clusterbildung bestimmter Bevölkerungsgruppen sowie Remanenzeffekte identifiziert. Würden die Wohnraumangebote und die Nachfrage zu weit auseinander klaffen, könnten örtliche Abwanderung, steigende Kosten in der Grundversorgung (Infrastrukturen und Güter/Dienstleistungen des täglichen Bedarfs) und eine Einschränkung bei der möglichen Wahl ihres Wohnorts durch mobilitätseingeschränkte Personen drohen. Vorstellbar wäre auch ein steigender Wandrungsdruck in den ländlichen Raum wegen Verknappung des bezahlbaren Wohnraums an zentralen Lagen.

Chancen

Als Chance sind dabei die Wohnraumbedürfnisse derjenigen älteren Menschen zu betrachten, welche zentrale und gut erschlossene Wohnlagen bevorzugen und zu einer Stärkung der Siedlungszentren und damit der inneren Verdichtung beitragen. Die Nachfrage älterer Menschen nach Wohnraum an zentralen Lagen mit intakter Versorgung könnte das Erreichen der bestehenden raumplanerischen Ziele unterstützen. Gelingt eine zielorientierte Steuerung der Siedlungsentwicklung (Verdichtung nach innen), so dürften auch die altersgerechten Wohnraumangebote in ausreichendem Mass erstellt und nachgefragt werden. Gemeinden, welche den Bedürfnissen der älteren Bevölkerung besonders gut Rechnung tragen, dürften dabei eine „Sogwirkung“ entfalten, mit wiederum positiven Auswirkungen auf die Lebensqualität (Sicherheit, mehr Möglichkeiten zur sozialen Integration).

Massnahmen

Für den Politikbereich Raumplanung wurden drei Massnahmen priorisiert. Zentral waren dabei die Standortanforderungen für altersgerechten Wohnraum: Wohnen, Mobilität, soziale Durchmischung, Lebensqualität und Grundversorgung sollen im Nahumfeld möglich sein. Die bereitzustellenden Angebote sollen also zentral und nahe bei den Grundversorgungseinrichtungen und den öffentlichen Verkehrsangeboten gelegen sein, um die Ausgangslage speziell für die stark wachsende Zahl älterer Menschen in mehreren Bereichen verbessern zu können.

Die erste Massnahme *Nutzungsverdichtungen und Siedlungserneuerung auf allen Ebenen fördern* nimmt Bezug auf die Siedlungsentwicklung nach innen und das in zahlreichen Gemeinden bestehende Potenzial dafür. Dem Kanton fällt hier die Rolle des Förderers zu. Mit der zweiten priorisierten Massnahme *Grundlagen schaffen, um zentral gelegenes Wohnraumpotenzial in Wert zu setzen* wird beabsichtigt, unternutzte, gut mit dem öV erschlossene Areale stärker der (Wohn-)Nutzung zuführen zu können. Die Gemeinden sollen dabei vom Kanton unterstützt werden, wo möglich mit konkreten Leistungen. Die dritte priorisierte Massnahme *Nutzungsdurchmischung und innere Quartiervernetzung stärker verankern* zielt darauf ab, die demografischen Risiken einer verstärkten Segregation und die Verknappung von altersgerechtem Wohnraum an zentralen Lagen zu minimieren. Durchmischte, dichte und vernetzte Quartiere tragen zur Sicherung der Grundversorgung bei und erhöhen die Lebensqualität der Bewohnerin-

nen und Bewohner. Auch hier fällt dem Kanton Basel-Landschaft mehr die Rolle des Förderers kommunaler Massnahmen zu als die des direkten Akteurs.

Bewertung

Die drei genannten, priorisierten raumplanerischen Massnahmen zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen fordern den Kanton auf, sich für die Förderung des Wohnraumangebots an zentralen Lagen einzusetzen. Er soll damit auch einen Beitrag zur Entspannung der allgemeinen und altersspezifischen Wohnraumnachfrage leisten. Dazu wurden auch bereits etliche Massnahmen angestossen. Der Kanton weist bezüglich der Massnahmen Handlungsspielraum auf und die Zuständigkeit ist definiert. Die Massnahmen müssen auf strategischer beziehungsweise gesetzlicher Ebene verankert sein, damit der Kanton aktiv werden kann. Damit fällt dem kantonalen Richtplan Basel-Landschaft eine zentrale Rolle zu. In Kenntnis eines gewissen, auch historisch für die Schweiz belegten „Vollzugsdefizits“ in der Raumplanung dürfte die Umsetzung der priorisierten Massnahmen anspruchsvoll werden und entscheidend von der Unterstützung durch die Gemeinden abhängen. Zu berücksichtigen sind ebenfalls Massnahmen des Politikbereichs Wohnen im Alter und Familie, welche die hier genannten raumplanerischen Massnahmen unterstützen.

Der Massnahmenplan im Politikbereich Raumplanung könnte allenfalls mit Massnahmen zu den drei folgenden Themen ergänzt werden: Mit Massnahmen zur Stärkung des Bewusstseins für die demografischen Herausforderungen auf Gemeindeebene (Information, Kommunikation, Tagungen, Weiterbildungen usw.), mit Massnahmen, welche der Gefahr der Verknappung von geeignetem Wohnraumangebot durch den Remanenzefekt begegnen, und durch Massnahmen zur Eindämmung der allgemein (schweizweit) steigenden Wohnkosten.

1.8 POLITIKBEREICH SICHERHEIT

Der Politikbereich Sicherheit wird hauptsächlich durch die demografische Komponente der Alterung beeinflusst. Das Sicherheitsbedürfnis im öffentlichen Raum und im Verkehr verändert sich bei älter werdenden Menschen. Diese sind auch für Sicherheitsthemen sensibilisierter. Ältere Menschen fühlen sich eher Gefahren ausgesetzt und weisen hohe Erwartungen an die Sicherheit auf. Sie fühlen sich öfter verunsichert und weisen ein höheres Sicherheitsbedürfnis auf als jüngere Personen. Sichtbar wird dies etwa bei der Beleuchtung öffentlicher Aussenräume, dem Bedarf nach kurzen, sicheren Wegen oder nach Nachbarschaftshilfe usw. Wichtiger wird auch das Thema der Verkehrssicherheit, da die Zahl der älteren Menschen mit altersbedingten Einschränkungen steigt und die Verkehrsanlagen noch nicht überall altersgerecht ausgelegt sind. Die subjektiven Sicherheitsbedürfnisse variieren ausserdem je nach Geschlecht, ethnischer Herkunft oder sozioökonomischem Status, welche jeweils regional unterschiedlich verteilt sein können. Damit beeinflussen auch die demografischen Komponenten bunter und anders verteilt das Sicherheitsempfinden.

Die demografischen Chancen und Risiken des Politikbereichs Sicherheit wurden in zwei Handlungsfeldern analysiert, der öffentlichen Sicherheit und der Verkehrssicherheit.

Risiken

Während die Zahl der Personen mit höherem Sicherheitsbedürfnis durch die Alterung steigen wird, reduziert sich durch den demografischen Wandel die Zahl der Personen, welche für die verschiedenen Sicherheitsorgane mit Milizcharakter rekrutiert werden können. Dadurch entsteht das Risiko, dass staatliche Angebote mit einem Milizsystem die Sicherheitsbedürfnisse nicht mehr decken können.

Im Handlungsfeld der Verkehrssicherheit gilt es, die Herausforderung anzugehen, das heutige hohe Sicherheitsniveau im Kanton Basel-Landschaft zu erhalten oder gar stärken zu können. Ältere Menschen werden zukünftig eine höhere Verkehrsbeteiligung und grössere Fahrleistungen aufweisen. Durch altersbedingte Einschränkungen der Verkehrsteilnehmenden und zu wenig altersgerechte Verkehrsinfrastrukturanlagen könnte die Verkehrssicherheit abnehmen, was zu einer gesellschaftlich unerwünschten Einschränkung der Möglichkeit zur Mobilitätsteilnahme älterer Menschen führen könnte.

Chancen

Verbunden mit der Alterung der Gesellschaft wurde als Chance identifiziert, dass sicherheitsrelevante Themen vermehrt im öffentlichen Diskurs anzutreffen sein werden und durch geeignete Massnahmen die öffentliche Sicherheit weiterhin auf hohem Niveau gewährleistet werden kann. Die höhere Aufmerksamkeit für präventive Sicherheitsthemen kann genutzt und damit ein allfälliges Gefühl des Sicherheitsverlustes vermieden werden. Als Chance ist weiter der höhere Stellenwert der Verkehrssicherheit älterer Menschen zu bezeichnen. Diese sind im Allgemeinen auch vorsichtiger Verkehrsteilnehmende als jüngere Menschen und weisen eine höhere Akzeptanz für Prävention und Verkehrssicherheitsmassnahmen auf.

Massnahmen

Für den Politikbereich Sicherheit wurden drei Massnahmen priorisiert. Die Förderung der Prävention steht dabei als strategische Stossrichtung im Zentrum. Mit der Massnahme *Sicherheitsprävention stärken* sollen einerseits die steigenden Sicherheitsbedürfnisse gedeckt werden können, andererseits könnten damit in Zukunft Ressourcen zur Sicherheitsbereitstellung gesichert werden. Investitionen in die Sicherheitsprävention dürften die öffentliche Sicherheit, die individuelle Sicherheit und die Verkehrssicherheit auch langfristig verbessern und werden damit als nachhaltige und ressourceneffiziente Massnahme beurteilt. Die Massnahme *Reformen beziehungsweise Anpassungen bei den Dienstpflichtmodellen des Kantons* nimmt Bezug auf sich abzeichnende Rekrutierungsprobleme im Milizsystem der Sicherheitsdienste. Dazu zählt die Erarbeitung angepasster, zukunftsfähiger Dienstpflichtmodelle, damit die Gemeinden und der Kanton ihre sicherheitsrelevanten Aufgaben auch zukünftig jederzeit erfüllen können. Mit der dritten Massnahme *Kompetenzzentrum Sicherheit* ist die Absicht verbunden, sicherheitsspezifische Informationen jeder Art niederschwellig interessierten Personen, Institutionen oder Ämtern zur Verfügung zu stellen. Eine gute Koordination der Zuständigkeiten und der Informationsmassnahmen dürfte die Sensibilisierung auch „sicherheitsferner“ Institutionen für Sicherheitsfragen verbessern.

Bewertung

Zwei der drei priorisierten Massnahmen im Politikbereich Sicherheit setzen auf niederschwellige Ansätze informativer Art, während die Massnahme bezüglich der Dienstpflichtmodelle eine strategisch-konzeptionelle Herausforderung darstellt. Die genannten Massnahmen zeigen, dass eine Zunahme der Sicherheitsbedürfnisse in der deutlich älter und bunter werdenden Gesellschaft zu erwarten ist und dies durch die betroffenen Institutionen anerkannt ist. Präventives beziehungsweise proaktives Handeln ist auch in Bezug auf die Gewährleistung der Sicherheit im Kanton Basel-Landschaft zu empfehlen. Die Umsetzung der drei Massnahmen dürfte herausfordernd werden, werden doch gerade niederschwellige Ansätze politisch oft nicht ausreichend mit Ressourcen ausgestattet oder unterstützt. Der Kanton verfügt jedoch über einen gewissen Handlungsspielraum, auch wenn die Massnahmen von den kantonal zuständigen Stellen ein hohes Mass an Koordinationsaufwand zu verschiedenen weiteren Institutionen (Gemeinden, Bund, Verkehrsbetriebe, Immobilienverwaltungen usw.) erfordern. Das Vorgehen, die Zuständigkeit, die Wirkungsketten und die Ziele der Massnahmen sind daher weiter zu spezifizieren.

Zusätzlich kann der Massnahmenplan im Politikbereich Verkehr mit unterstützenden Massnahmen für die Verkehrssicherheit ergänzt werden. So könnte beispielsweise eine Überprüfung der heute eher grosszügigen Praxis der Fahrausweisberechtigungen für Menschen mit altersbedingten Einschränkungen in Betracht gezogen werden.

Die Analysen zu den möglichen Folgen des demografischen Wandels für die einzelnen Politikbereiche haben gezeigt, dass sich neben zahlreichen Herausforderungen auch verschiedenste Chancen für den Kanton Basel-Landschaft eröffnen. Obwohl die in den Prognosen für den Kanton Basel-Landschaft wichtigste demografische Komponente Alterung Ursache zahlreicher Risiken ist, entstehen etliche Chancen, welche eine aktive Gestaltung der demografiebedingten Herausforderungen ermöglichen. Als wichtigste Chancen seien hier die Nutzung der vielfältigen Ressourcen und Kompetenzen der älter werdenden Bevölkerung sowie neue, nachhaltigere Mobilitäts- und Wohnbedürfnisse älterer Menschen genannt.

Es hat sich weiter gezeigt, dass zwischen den Chancen und Risiken der einzelnen Politikbereiche Wechselwirkungen bestehen. So gibt es grosse Zusammenhänge zwischen der Finanz- und der Gesundheits- und Sozialpolitik, zwischen Bildung, Familie und Arbeitsmarkt/Personal oder zwischen den Politikbereichen Verkehr, Raumplanung, Wohnen im Alter und Sicherheit.

Gestützt auf die erarbeiteten Grundlagen und Erkenntnisse sowie auf die Ergebnisse im bisherigen Prozess der kantonalen Arbeitsgruppe Demografie lassen sich die nachfolgenden acht Empfehlungen zuhanden des Regierungsrats des Kantons Basel-Landschaft ableiten. Während die Empfehlungen eins bis fünf prozessualer Art sind, fokussieren die drei Empfehlungen sechs bis acht inhaltlich zentrale Anliegen, welche es im Umgang mit dem demografischen Wandel zu berücksichtigen gilt.

Empfehlung 1

Prüfung: Politische Priorisierung des Massnahmenplans der Arbeitsgruppe Demografie durch den Regierungsrat.

Der Massnahmenplan dieses Berichts zeigt, welche Prioritäten den Massnahmen in den einzelnen Politikbereichen von den Autorinnen und Autoren sowie den Vertreterinnen und Vertretern der Teilprojektgruppen gegeben wurden. Dabei stand die fachliche Beurteilung im Vordergrund, während die politische Dringlichkeit und Machbarkeit nun durch den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zu beurteilen ist.

Empfehlung 2

Adressierung: Zuständigkeiten klären und Verantwortlichkeiten festlegen.

Im Rahmen der Massnahmenerarbeitung wurde in diesem Bericht bereits die für jede Massnahme zuständige kantonale Direktion bezeichnet. Im Verlauf der Planung und weiteren Umsetzung der Massnahmen müssen die entsprechenden Zuständigkeiten konkretisiert und auf Ebene der Direktionen und Ämter Verantwortlichkeit festgelegt werden. Dazu gehört auch die Klärung von kommunalen und kantonalen Zuständigkeiten im Bereich der Aufgabenteilung. Besondere Aufmerksamkeit ist der Festlegung der Verantwortlichkeiten bei rein kommunalen Aufgaben (Steuerung) und bei Verbundaufgaben zu schenken. Hier kommt dem Kanton dank dem „Demografie-Monitoring“ (vgl. Empfehlung 4) und dem daraus resultierenden Überblick über die demografischen Trends und deren Herausforderungen eine wichtige Steuerungs- und

Koordinationsfunktion zu. In Bezug auf die Machbarkeit muss eine Schätzung der Umsetzungskosten erfolgen sowie eine Klärung, ob die dafür nötigen Ressourcen gesprochen werden können und sollen.

Empfehlung 3

Verankerung: Aufnahme ins Regierungsprogramm 2016–2019.

Damit die geprüften und adressierten Massnahmen zum Umgang des Kantons Basel-Landschaft mit den demografischen Herausforderungen Aufnahme in die sektoralen, kantonalen Strategien und Leitbilder finden können, bedarf es einer geeigneten Wiederaufnahme beziehungsweise Weiterführung des Themas „demografischer Wandel“ im Regierungsprogramm 2016–2019. Die inzwischen gewonnenen, auch operativ relevanten Erkenntnisse sollen dort verankert werden (vgl. Empfehlung 2).

Empfehlung 4

Beobachtung: Weiterführung und Sicherstellung eines Monitorings der demografischen Entwicklung im Kanton.

Obwohl sich die demografischen Komponenten nur gemächlich verändern, ändern sich doch gewisse Rahmenbedingungen sprunghaft, mit teilweise grossen Auswirkungen auf demografische Kennwerte. Zu erwähnen sind hier etwa Volksinitiativen wie zur Masseneinwanderung, übergeordnete Regelungen wie nationale Tarifsysteme des öV, Krankenkassenregelungen oder Rentenbestimmungen usw. Deshalb ist das bisherige Monitoring der demografischen Entwicklung im Kanton Basel-Landschaft zu stärken, weiterzuführen und regional genügend differenziert auszugestalten. Es wird empfohlen, das „Demografie-Monitoring“ als periodische Aufgabe dem Statistischen Amt des Kantons Basel-Landschaft zuzuordnen.

Empfehlung 5

Beachtung: Bewusstsein (Awareness) für demografische Herausforderungen schaffen.

Demografische Prozesse und Veränderungen sind zeitlich kaum kompatibel mit politischen Agenden im Kanton oder in den Gemeinden. Auch Firmen und andere nicht-staatliche Organisationen haben oft Mühe, demografische Risiken und Chancen zu erkennen, da diese kaum wahrnehmbar sind und meist schleichend eintreten. Dem Kanton fällt deshalb die Rolle zu, überall dort Bewusstsein für demografische Herausforderungen zu schaffen, wo kantonale Interessen, Risiken oder Chancen bestehen beziehungsweise entstehen könnten. Mit Kommunikationsmassnahmen sorgt er dafür, dass die relevanten Stakeholder sensibilisiert werden. Indem den Herausforderungen des demografischen Wandels Beachtung geschenkt und präventiv informiert und gehandelt wird, sinkt das Risiko, dass der Kanton die Folgen verpasster Chancen oder eingetretener Risiken (mit-)tragen muss. Es wird empfohlen, die Einführung einer periodisch (alle zwei bis drei Jahre) stattfindenden „Demografie-Konferenz Basel-Landschaft“ als Plattform für relevante Themen des demografischen Wandels zu prüfen.

Ein weiterer Aspekt dieser Empfehlung ist eine aktive Mitarbeit und Mitgestaltung des Kantons Basel-Landschaft in Gremien, an Konferenzen oder in Arbeitsgruppen auf Ebene des Bundes und der Kantone, welche sich mit demografischen Themen beschäftigen, die Auswirkungen auf kantonale und kommunale Aufgaben haben. Exempla-

risch zu nennen sind hier die nationale Demenzstrategie, Dienstpflichtmodelle, die Strategie „Gesundheit2020“ oder Regelungen betreffend Reformen bei den Ergänzungsleistungen und der Altersvorsorge.

Empfehlung 6

Schlüsselindikator: Ageing Workforce.

Die prognostizierte Alterung und die teilweise Verknappung der Arbeitskräfte im Kanton Basel-Landschaft (Verwaltung und Unternehmungen) stellen in Zukunft verschiedene Politikbereiche vor grosse Herausforderungen: Bildung, Familie, Arbeit/Personal, Gesundheit, Finanzen oder Sicherheit. Diese Entwicklung bedeutet, dass sowohl die Bevölkerungsgruppe der Erwerbstätigen zahlenmässig leicht abnimmt als auch die verbleibenden Arbeitskräfte selber älter werden, dies betrifft insbesondere das Gesundheitswesen. Zwei Schlüsselmassnahmen sind in diesem Kontext die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Erwerbsbeteiligung der Frauen erhöhen) sowie flexible Altersarbeitsmodelle (berufliches oder ziviles Engagement). Hier gilt es nun auch, die sich bietenden Chancen zu ergreifen und das wirtschaftliche und gesellschaftliche Engagement älterer Menschen zu aktivieren und zu nutzen.

Empfehlung 7

Schlüsselindikator: Wohnsituation im Alter.

Die Erkenntnisse in den Politikbereichen Wohnen im Alter/Familie, Raumplanung, Verkehr und Sicherheit haben die Wichtigkeit altersgerechter Wohnangebote verdeutlicht. Wohnen im Alter erfordert aus kantonaler Perspektive gute Rahmenbedingungen für altersgerechte, sichere und bezahlbare Wohnraumangebote an raumplanerisch und verkehrstechnisch geeigneten Lagen, ergänzt mit Pflege- und Betreuungsleistungen sowie mit weiteren bedarfsorientierten Komfortleistungen.

Empfehlung 8

Schlüsselindikator: Prävention als wirksamer Ansatz.

Präventionsmassnahmen sind niederschwellige Ansätze, welche Risiken eindämmen können, bevor deren Folgen zu einer namhaften Herausforderung für den Kanton werden. Die Erkenntnisse aus den Analysen der demografischen Risiken haben gezeigt, dass präventive Massnahmen bei verschiedenen Politikbereichen wie Gesundheit, Arbeit, Finanzen oder Sicherheit erfolgsversprechend sind und entsprechend gefördert beziehungsweise genutzt werden sollten. Gerade in den für den Kanton kostenintensiven Bereichen Gesundheit/Pflege oder Bildung/Integration sind Präventionsmassnahmen angezeigt und können wirksam dazu beitragen, Kostenfolgen auf verschiedenen Ebenen des Gesundheitssystems zu reduzieren.

Insgesamt zeigt sich, dass die demografischen Herausforderungen für den Kanton Basel-Landschaft bedeutend sein dürften. Besonders die schweizweit betrachtet überdurchschnittliche Alterung im Kanton führt mittel- bis langfristig zu zahlreichen Risiken, aber auch einigen Chancen. Auf etliche Herausforderungen hat der Kanton Basel-Landschaft bereits reagiert und ist in vielfältiger Art schon tätig geworden. Exemplarisch sei hier nur das seit 2013 bestehende Altersleitbild genannt. Sowohl die demografiebedingten Chancen als auch die Risiken treten prozesshaft und oft schleichend auf oder sie bestehen bereits in geringem Mass. Dies könnte die Politik dazu verleiten, den

Herausforderungen heute nicht entschlossen genug entgegenzutreten. Angesichts des Ausmasses der Risiken dürfte sich ein solches Vorgehen für den Kanton Basel-Landschaft nicht empfehlen, sind doch demografische Entwicklungen enorm beständig und kaum umkehrbar. Der erarbeitete Massnahmenplan macht jedoch deutlich, dass durch eine prioritäre Umsetzung einiger weniger – wenn auch recht umfassender – Schlüsselmassnahmen bereits Antworten auf zahlreiche demografische Herausforderungen identifiziert werden konnten.